

**Antrag der Fraktion der CDU****Ein neuer Impuls für Bremen. Machbarkeitsstudie für medizinische Fakultät in Auftrag geben**

Bremen nimmt als zweitgrößte Stadt im Norden Deutschlands eine wichtige Funktion als Hafen-, Industrie- und Wissenschaftsstandort ein. Diese Stärken gilt es kontinuierlich auszubauen und weiterzuentwickeln. Gerade vor dem Hintergrund neuer gesellschaftlicher Herausforderungen und des sich immer weiter intensivierenden globalen Wettbewerbs wird eine einseitige Konzentration auf die bereits vorhandenen Wirtschafts- und Wissenschaftsstrukturen nicht ausreichend, um die Attraktivität Bremens und Bremerhavens langfristig zu sichern. Die Politik ist deswegen aufgerufen, Visionen für die Zukunft zu entwickeln, die neue Impulse für Wachstum, Innovation und Fortschritt setzen.

Eine in den vergangenen Jahren immer wieder und in den letzten Monaten verstärkt diskutierte Zukunftsvision ist die Gründung einer eigenständigen medizinischen Fakultät im Land Bremen, wie es auch in Oldenburg, Augsburg und Bielefeld geschehen ist beziehungsweise sich gegenwärtig in Vorbereitung befindet. Ein zentrales Argument für den Aufbau neuer Studienkapazitäten ist dabei das herrschende Missverhältnis zwischen sehr hohen Bewerberzahlen einerseits und einem sich in Teilen abzeichnenden Ärztemangel andererseits. Vor diesem Hintergrund hat auch die Bundesregierung die Schaffung zusätzlicher Studienplätze im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Eine Bremer Medizinfakultät würde sich darüber hinaus auch hervorragend in die bereits bestehenden wissenschaftlichen Strukturen in Form unserer Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstitute einfügen und könnte zahlreiche neue Impulse für Forschung und Kooperationen bringen. Speziell die Neuausrichtung der Universität für die nächste Runde der Exzellenzstrategie 2026 würde davon profitieren.

Gleiches gilt für die Bremische Wirtschaft, welche bislang stark auf klassischen produzierenden Industriezweigen fußt. Eine medizinische Fakultät brächte neue Impulse für die Stärkung der Gesundheits- und Sozialwirtschaft mit sich, die schon heute mit rund 61 000 Beschäftigten laut Arbeitnehmerkammer ein „Beschäftigungsmotor der Bremischen Wirtschaft“ ist. Um diese Vorteile auszubauen, ist Wachstum zwingend notwendig. Eine medizinische Fakultät könnte ein solcher Wachstumsbeschleuniger sein. Trotz der hohen Investitionskosten spricht auch in finanzieller Hinsicht einiges für ein solches Projekt: Wirtschaftswachstum, Ausgründungen, neue Arbeitsplätze und neue Einwohner für das Land brächten gewichtige positive Nebeneffekte mit sich.

Konzeptionell erscheint der Anschluss eines Medizinstudiums an die Universität Bremen am sinnvollsten, um hier die vorklinische Ausbildung durchzuführen. Die bereits vorhandenen naturwissenschaftlichen Institute böten sicherlich viele denkbare Anknüpfungspunkte für Forschung und Lehre. Ebenso dürften die vorhandenen Strukturen der Bremischen Krankenhauslandschaft in Bezug auf Infrastruktur und Personal mit Lehrbefähigung mehr als geeignet für die Durchführung des klinischen Teils der Mediziner Ausbildung sein.

Die Gründung einer medizinischen Fakultät wäre für Bremen somit unbestreitbar mit vielen Vorteilen verbunden und könnte bei richtiger Umsetzung eines

der Zukunftsprojekte für unser Land sein. Eine unabhängige Analyse der Möglichkeiten, Potenziale und Risiken durch wissenschaftliche Expertise ist im Anfangsstadium der politischen Beratung deswegen der richtige Schritt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) hält die Überlegungen zur Gründung einer eigenständigen medizinischen Fakultät in Bremen angesichts der zahlreichen damit verbundenen Vorteile für einen Vorschlag, der für die zukünftige Ausrichtung des Bremischen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes von großer Bedeutung sein könnte und deswegen einer ernsthaften Überprüfung bedarf.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat vor diesem Hintergrund auf, in enger Abstimmung mit der Universität Bremen, den Bremischen Krankenhäusern und anderen relevanten Akteuren, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, die unter anderem auf folgende Punkte eingehen möge:
  - a) Einschätzung des Bedarfs an Medizinstudienplätzen im Land Bremen unter Berücksichtigung der oberzentralen Funktion Bremens.
  - b) Prüfung des zusätzlichen kurz- und langfristigen Personalbedarfes an der Universität Bremen.
  - c) Bewertung der vorhandenen wissenschaftlichen Infrastruktur im Bereich Forschung und Lehre an der Universität Bremen in Hinsicht auf mögliche Synergieeffekte.
  - d) Empfehlungen zur Einbettung in die hiesige Forschungslandschaft (Wissenschaftsschwerpunkte, Cluster und Exzellenzstrategie).
  - e) Darstellung etwaiger Kooperationspotenziale zwischen den Bremischen Hochschulen einerseits und der Universität Bremen und anderen Hochschulstandorten andererseits.
  - f) Bewertung der Strukturen (Personal, Gebäude, Ausstattung und so weiter) der städtischen und freigemeinnützigen Krankenhäuser im Lande Bremen in Bezug auf ihre Einbindung in die klinische Ausbildung.
  - g) Kostenschätzung für die notwendigen Investitionen und den Regelbetrieb.
  - h) Analyse der Wachstumspotenziale der Bremischen Wirtschaft.
  - i) Formulierung von Empfehlungen zur eventuellen Gründung einer medizinischen Fakultät.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die Ergebnisse sowie eine Bewertung der Studie dem Parlament und allen relevanten Akteuren aus Wissenschaft, Gesundheit und Wirtschaft zur gemeinsamen Beratung vorzulegen.

Susanne Grobien, Rainer Bensch, Silvia Neumeyer,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU